

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Joh. Noss, Haasenstein & Vogler A.-G.
G. L. Daube & Co., Invalidenstrasse.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Reinundneunziger Jahrgang.

Nr. 164

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zweit Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierstel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 5. März.

1892

Deutscher Reichstag.

187. Plenarsitzung vom 4. März, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung des **Stats des Auswärtigen Amtes und des Kolonialats.**Zu dem Titel 1 der Ausgaben des Auswärtigen Amtes "Staatssekretär" liegt eine **Resolution Dr. v. Bar (dfr.), Büsing (nl.), Härle (Rp.)** vor, durch internationale Verständigung die Unverträglichkeit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßigen Satz des Völkerrechts zu machen.

Abg. Dr. Baumhach (dfr.): Bei Gelegenheit der Besprechung des Marineats ist die Frage, welche wir in der Resolution anregen, erörtert worden. Für die Bewilligung der Kreuzerforellen wurde angeführt, daß der Zweck der Schiffe sein soll, in Kriegszeiten Deutschlands Handel zu schützen und den feindlichen Handel zu schädigen. Für diesen Zweck sollen 7 Schiffe mit einem Aufwande von 47 Millionen Mark gebaut werden. Es wurde ferner angeführt, daß England, Frankreich, Spanien noch mehr Schiffe zu diesem Zwecke haben. Solche großen Aufwendungen werden gemacht, weil wir es am Ende des 19. Jahrhunderts so weit gebracht haben, daß die völkerrechtliche Bestimmung, wonach im Kriege auf dem Lande das Privateigentum nicht angetastet werden darf, für die See keine Geltung hat. Das Militärstrafgesetzbuch und die Kriegsartikel bestrafen die Wegnahme fremden Eigentums und die Plünderung auf das härteste. Worum soll nicht dieselbe Grundsatz für das Meer Geltung haben? Deutschland hat sich der Pariser Konvention, nach welcher für die beteiligten Staaten die Verpflichtung bestehet, die Kaperei zu vermeiden, nicht angeschlossen. Diese Konvention ist aber auch gar nicht genügend, weil sie hauptsächlich Bestimmungen über die Kaperei gegenüber neutralen Staaten enthält. Spanien und die Vereinigten Staaten haben sich aber auch dieser Konvention nicht angeschlossen. Unter diesen Umständen ist es doch geboten, diejenigen Fragen zu regeln, die wir in unserer Resolution angeregt haben.

Man begegnet ja einer gewissen ironischen Anschauungsweise über die Verüche, durch internationale Schiedsgerichte friedliche Lösung von Streitigkeiten herbeizuführen. Welche Betrachtungen sind nicht namentlich in der konfessionären Presse an die "Römerfahrt" deutscher Parlamentarier geknüpft worden, und es gab Leute, welche diese Fahrt einen Renommeebummel nannten. Hier aber sehen Sie einen Fall, wo solche internationale Schiedsgerichte sehr wohl am Platze sind. England ist in der Frage, um welche es sich hier handelt, der entscheidende Staat. Mit England wird man sich also vor Allem zu verständigen suchen müssen. Wir sind nicht so phantastische, romantisch angelegte Leute, daß wir glaubten, es würde möglich sein, durch die römische interparlamentarische Konferenz den ewigen Frieden herbeizuführen. Aber die historische Thatsache läßt sich doch nicht wegleugnen, daß durch internationale Schiedsgerichte, wie in der Karolinenfrage, Kriege vermieden worden sind. Die vereinigten Staaten haben sich der Pariser Konvention nicht angeschlossen, weil sie die Frage nicht in der Weise regelte, wie wir es heute wollen. Die Nachtheile dieses Mangels einer weit genug gehenden Konvention zeigten sich auch in der bekannten Alabama-Angelegenheit. Da wurde England gezwungen, Schiffe in die amerikanischen Gewässer zu schicken, und die Folge war, daß viele Millionen an Entschädigung gewährt werden mußten. England mit seinem ausgebreiteten Handel ist vor Allem nicht dazu im Stande, überall denselben durch Kriegsschiffe zu schützen. In England werden wir also auf keinen entchiedenen Widerstand stoßen, wenn wir diese Materie mit ihm regeln wollen.

Wenn der Reichskanzler unserer Resolution Folge giebt, dann stellt er sich auf den Boden der traditionellen preußischen Politik. Hat doch Preußen in den sechziger Jahren ausdrücklich auf die Wegnahme der Handelsschiffe verzichtet, und vor Beginn des französischen Krieges wurde eine Proklamation erlassen, in welcher dieselben Grundsätze ausgesprochen wurden. Sie wurde wieder aufgehoben, weil Frankreich nicht Reciprocity eintreten ließ. Über die Angelegenheit ruhte nicht. In den siebziger Jahren wurde eine Resolution ähnlichen Inhalts wie unsere heutige angenommen und der Minister Delbrück erklärte seine Sympathie für dieselbe. Die heutige politische Situation ist die denksbar günstigste für solche Verhandlungen. Ich bitte den Reichskanzler, den Antrag zu berücksichtigen. Er ist ja kein freimüller Parteiantrag, sondern unsere national-liberalen Stiefbrüder (Reiterkeit), oder wenn Sie wollen Freunde, treten auch für denselben ein, wie sie früher für diese Bestrebungen eingetreten sind. Er braucht also nicht vor einer etwaigen freimüller Unheimlichkeit zurückzuschrecken. Es handelt sich nicht bloß darum, daß der Handel und die Industrie des deutschen Reiches geschützt werden müssen, sondern auch um ein Problem, an dessen Lösung nicht bloß das deutsche Reich, sondern die gesamte zivilierte Welt Interesse hat. (Beifall links).

Reichskanzler Graf v. Capriati: Der Antrag ist ein altes Postulat humaner Herzen, und auch die verbündeten Regierungen würden ihren humanen Herzen gerne Lust machen, selbst wenn der Antrag von der freimüller Partei allein, ohne ihre liberalen Freunde, ausgegangen wäre, falls sie sich irgend einen Erfolg davon versprechen könnten. Ich befürchte aber, daß, wenn wir diese Frage zum Gegenstand einer internationalen Verhandlung machen würden, ein Resultat herauskommen würde, das der Humanität weniger günstig ist, als die Zustände, die seit 1858 allgemeines Recht sind. Sogar auf dem internationalen Kongreß zu München von 1882, der doch von humanen Männern beurteilt war, wurde die Erklärung zu Gunsten der Unverträglichkeit des Privateigenthums zur See mit nur zehn gegen sieben Stimmen angenommen. Die Deutschen geben in der Verhängung der humanen Tendenzen den anderen Nationen voran. Wie die Stimmung in England und Amerika jetzt ist, weiß ich nicht. Es ist mir aber zweifelhaft, ob die dortigen Regierungen und gesetzgebenden Körperchaften noch dieselbe Stellung eingenommen haben, wie 1846.

Seit 1856 hat sich die Seekriegsführung verändert zu Ungunsten des Schutzes des Privateigenthums zur See. Seeschlachten

entscheiden sehr selten und werden in der Zukunft vielleicht nie entscheiden über das Schicksal der Staaten, sondern erst die Folgen der Seeschlachten sind entscheidend. Nur durch Landung im größeren Stile und durch eine Schädigung des feindlichen Handels kann man den in der Seeschlacht besiegt zum Friedensschluß zwingen. Eine Entschädigung einzelnen kann man doch nur von den Staaten, denen man auf dem Lande benachbart ist. Es wird der eine Theil trachten müssen, den Handel des andern zu erschweren, und um so stärker, je mehr der andere auf den Handel angewiesen ist. Die Zerstörung des feindlichen Handels im Seekrieg wird die ultima ratio sein zur Schadloshaltung. Wer Krieg führt, will den Kriegszweck erreichen mit allen Mitteln und zu diesen gehört auch der Versuch, den Handel zu stören, für den der Mittel dazu hat.

Daraus folgt, daß die Stellung, die die Seemächte zu dieser Frage einnehmen, eine verschiedene ist. England, die größte Seemacht, wird eine andere Stellung einnehmen als kleinere Seemächte. Dazu kommt, daß es sich nicht bloß um das Gut handelt, welches auf dem Schiff sich befindet, sondern auch um das Schiff selber. Wenn ein seekriegsfährender Staat den Handel eines anderen unterbinden will, so blökt er zunächst dessen Küste. Wenn nun der Blokade-Schiffe, welche die Blokade durchbrechen wollen, wegnimmt, so ist das im Wesentlichen nichts anderes, als was wir auf dem Lande thun. Wenn jemand während der Belagerung von Paris einen Extrazug ausgerüstet hätte, um ihn nach Paris zu bringen, so würden wir ihn weggenommen haben. Genau dasselbe geschieht auf der See, wenn Schiffe den Blokaden Nahrungsmitte zu bringen wollten. Noch mehr wie früher trifft dies Moment und damit die Notwendigkeit ausgiebigen Schutzes der Handelsschiffe jetzt zu, wo wir die großen Handelsschiffe mit schneller Geschwindigkeit haben, die in der einen oder anderen Weise für den Kriegsdienst brauchbar zu machen sind. Die Mehrzahl der großen Staaten rechnet mit der Möglichkeit und Notwendigkeit, solche Schiffe der Handelsmarine für den Krieg dienstbar zu machen.

Trotz des humanen Geiste ist es also doch wahrscheinlich, daß man im Kriege das Privateigentum auf der See in keinem Falle mehr respektieren wird als bisher, und daher würde es für die verbündeten Regierungen nutzlos sein, auf Verhandlungen mit anderen Regierungen im Sinne des Antrags einzugehen.

Abg. Dr. Hartmann (l.): Nach dem Nachweis des Reichskanzlers, daß die von dem Antrag gewünschten Verhandlungen keinen Erfolg haben würden, können wir den Antrag nicht annehmen, obgleich wir seine humanen Befreiungen teilen. Der Antrag verlangt zu viel, bloße Demonstrationen à la Rom kann der deutsche Reichstag nicht machen. (Beifall rechts.) Vor Allem kommt es darauf an, unser deutsches Privateigentum zur See zu schützen. Wenn Sie das wollen, so zeigen Sie es bei der dritten Sitzung des Marineats, und bewilligen Sie die Kreuzer. (Beifall rechts.)

Abg. Jäger (nl.): Es ist zu bedauern, daß diese schon vor Jahren angeregte Frage noch nicht erledigt worden ist. Schwierigkeiten kann es doch nicht machen, wenn alle beteiligten Staaten den guten Willen zeigen. Die Bezugnahme auf die Blokade gehört nicht hierher. Denn hier handelt es sich um die Verhängung des Landes. Es ist endlich an der Zeit, den bestehenden Nebelstand zu beseitigen.

Abg. Dr. v. Bar (dfr.): Früher wurden alle Bestrebungen, welche auf die Unantastbarkeit des Privateigentums zur See gerichtet waren, mit Hinweis auf das widerstreitende England befehlst. Aber heute ist es in England anders geworden, seitdem man dort zu dem Bewußtsein gekommen ist, daß eine kleine seekriegsfährende Macht den englischen Handelsschiffen ungeheure Nachtheil zufügen kann. Schon 1867 hat der Reichstag eine ähnliche Resolution angenommen. Zur Begründung wurde damals ausgeführt, daß die Wegnahme des Schiffes und die Lahmlegung des Handels auf den Ausgang des Krieges und die Kriegsführung überhaupt keinen Einfluß hat. Es tritt also durch die Kaperei eine gegenwärtige wirtschaftliche Schädigung der kriegsführenden Länder ein, welche für den Krieg selber gar keinen Vorteil hat. Zudem ist auch die Wegnahme von Privateigentum zur See heute nicht mehr von demselben Einfluß wie früher, da die Nahrungsmitteleinfuhr vermittelst der Eisenbahnen erfolgen kann. Unter diesen Umständen muß die Unantastbarkeit des Privateigentums zur See als eine Forderung der Humanität anerkannt werden.

Abg. Dr. Oesterer (Br.): Auch wir erkennen die humane Tendenz des Antrages an. Aber nach den Ausführungen des Reichskanzlers halte ich es für das Beste, wenn der Antrag zur Zeit zurückgezogen würde. Der größte Theil meiner Freunde wird jedenfalls zur Zeit nicht in der Lage sein, den Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Der Reichskanzler erklärte, daß er zwar Sympathien für unseren Antrag habe, daß aber die Lage der gegenwärtigen politischen Verhältnisse der Ausführung des Antrages nicht günstig wäre. Das war aber gerade die Voraussetzung für die Einbringung unseres Antrages. Wir hielten gerade die jetzige Zeit für günstig, um Verhandlungen über diesen Gegenstand neu anzubauen, da nicht nur die Wissenschaft dafür ist, sondern auch in den Vereinigten Staaten und in England starke populäre Strömungen dafür sich gebildet haben. Es ist ja bekannt, wie die öffentliche Meinung in politischen Dingen dort ins Gewicht fällt.

Der Herr Reichskanzler will es dahingestellt sein lassen, wie die Stimmung in jenen Ländern ist. Es besteht also ein Unterschied in der Auffassung zwischen den verbündeten Regierungen und uns, der jedenfalls uns rechtfertigt, daß wir gerade in der jetzigen Zeit mit dem Antrage neu gekommen sind. Herrn Hartmann, der da meinte, der Reichstag sei dazu nicht da, solche Beschlüsse zu fassen, erinnere ich daran, daß eine Resolution genau mit demselben Wortlauten bereits 1868 von dem norddeutschen Reichstage fast einstimmig angenommen wurde. Der Reichskanzler sagt, die Schädigung des Handels der Gegner sei im Seegefecht entscheidend. Die amerikanischen Nordstaaten waren doch nicht im Stande, ihren Handel gegen ein paar Kreuzer, namentlich die Alabama zu schützen. Trotzdem aber hat dieser Privatfeldzug der Alabama auf den ganzen Krieg der Vereinigten Staaten gar keinen Einfluß ausgeübt; wohl aber jene internationale Entwicklung mit England zur Folge gehabt. Und gerade dieser Alabamastreit mit England hat

Inserate, die schlechtpalente Verträge über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an der vorigen Seite entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachts, angenommen.

Berantwortlich für den Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Inserate, die schlechtpalente Verträge über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an der vorigen Seite entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachts, angenommen.

Die Ansicht der Regierungen hat nun für die Mitglieder des Reichstags eine Situation geschaffen, daß sie unseren Antrag nicht annehmen würden, obgleich sie mit seiner Tendenz vollkommen einverstanden sind. Das Ergebnis einer Abstimmung über unseren Antrag würde also jetzt nicht der Ansicht des Reichstages entsprechen, und da bereits im Norddeutschen Reichstag einmal eine günstige Anerkennung der Volksvertretung für den Antrag extrahiert wurde, halten wir es für zweckmäßiger, unter diesen Umständen es jetzt auf eine Abstimmung nicht ankommen zu lassen. Wir wollen also unter dem Vorbehalt, daß wir auf den Antrag in einer günstigeren Zeit zurückkommen ihn jetzt zurückziehen.

Abg. Dr. Baumhach erklärt sich Namens der übrigen Mitverantwortsteller mit der Zurückziehung einverstanden.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Bei den Besoldungen für "Konsulate" bringt

Abg. Hammacher (nl.) die häufigen Verzerrungen der Konsulbeamten zur Sprache, von denen es doch zweifelhaft sei, ob sie im Interesse des Dienstes liegen. Der Dienst der Konsulbeamten erfordere eine genaue Kenntnis der Personen und Verhältnisse, die bei dem häufigen Personenumchsel nicht gut möglich sei. Der Grundatz des Aufrücks nach der Anciennität dürfte nicht das allein Maßgebende bei der Bezeichnung der Konsulatstellen sein. Es würde sich daher eine Änderung der Organisation empfehlen.

Staatssekretär Frhr. v. Marischall erwidert, daß es Grundsatz sei, den Konsulbeamten möglichst lange auf seinem Platze zu halten.

Abg. Dr. Bamberger (dfr.): Man macht sich ganz übertriebene Vorstellungen von dem Wirken des Konsuls in Bezug auf den Handel. In erster Linie ist er zum Schutz der Staatsangehörigen da, nicht aber zur Anbahnung neuer Handelsverbindungen. Das muß vor Allem betont werden und darauf müssen die Konsuln ihre Aufmerksamkeit richten.

Abg. Dr. Hammacher meint, daß die Konsuln dieser Pflicht vollkommen genügen.

Abg. Szimula (Br.) glaubt, gerade die Tätigkeit der englischen Konsuln in Russland zeige, daß der Nutzen der Tätigkeit der Konsuln auf handelspolitischem Gebiete liege. Um diesen Einfluß des Konsuls auf den Handel zu haben, wäre es angebracht, insbesondere in Russland den Konsuln technische Beiträge beizugeben.

Staatssekretär Frhr. v. Marischall führt aus, daß die Konsuln auch ihre Aufmerksamkeit auf die Handelsbeziehungen und auf neue Absatzwege richten.

Abg. Dr. Bamberger meint, daß diese Tätigkeit der Konsuln nicht von Nutzen sei. Ein guter Kaufmann werde auf die Berichte der Konsuln nicht viel geben. Die Befürwortungen von Konsuln, welche von den Geschäftsverhältnissen nichts verstehen, haben vielfach Spekulationen in überseelischen Papieren veranlaßt. Dadurch sei oft Staaten durch deutsches Geld ein Kredit verschafft worden, die dessen nicht würdig gewesen seien. Ich bin mit den deutschen Konsuln durchaus zufrieden, aber ich will nicht ihre Geschäfte nach der Richtung ausdehnen, daß sie über jede neuartige Erscheinung im Handel sofort telegraphisch berichten.

Die Titel "Generalkonsulat" werden bewilligt.

Die Titel: "Besoldungen der Beamten in den Schutzzonen" werden ausgekehrt bis zur Verathung des Kolonialats.

Zum Kapitel "Allgemeine Fonds", Titel 4, "zu Gebrauch in Ausgaben" (500 000 Mark gegen 48 000 Mark im vorigen Jahre) erklärt

Abg. Rickert (dfr.): Materiell sind wir in diesem Punkte mit der Regierung einig, daß dies eine Frage des Vertrauens sein muß. Wir haben die geheimen Fonds für das Auswärtige Amt im Militär- und Marine-Etat niemals beanstandet, weil wir anerkennen mußten, daß eine Regierung derartige Fonds haben muß. Es handelt sich hier also lediglich um eine graduelle Verchiedenheit, um die Höhe des Betrages. Bis jetzt hat seit 1870 oder 1871 das Auswärtige Amt aus dem Welfenfond 8 ungefähr jährlich dieselbe Summe bekommen, um welche jetzt die Regierung eine Erhöhung der Position "Geheime Ausgaben" verlangt. Wenn der preußische Ministerpräsident in der Sitzung vom 29. April 1891 die Frage des Welfenfonds mit dieser Position in Verbindung gebracht hat, so habe ich das bedauert und habe damals erklärt, daß die preußische Regierung die Frage des Welfenfonds zu lösen verfügt. Bis jetzt hat seit 1870 oder 1871 das Auswärtige Amt aus dem Welfenfond 8 ungefähr jährlich dieselbe Summe bekommen, um welche jetzt die Regierung eine Erhöhung der Position "Geheime Ausgaben" verlangt. Wenn der preußische Ministerpräsident in der Sitzung vom 29. April 1891 die Frage des Welfenfonds mit dieser Position in Verbindung gebracht hat, so habe ich das bedauert und habe damals erklärt, daß die preußische Regierung die Frage des Welfenfonds zu lösen verfügt.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Der Reichskanzler erklärte, daß er zwar Sympathien für unseren Antrag habe, daß aber die Lage der gegenwärtigen politischen Verhältnisse der Ausführung des Antrages nicht günstig wäre. Das war aber gerade die Voraussetzung für die Einbringung unseres Antrages. Wir hielten gerade die jetzige Zeit für günstig, um Verhandlungen über diesen Gegenstand neu anzubauen, da nicht nur die Wissenschaft dafür ist, sondern auch in den Vereinigten Staaten und in England starke populäre Strömungen dafür sich gebildet haben. Es ist ja bekannt, wie die öffentliche Meinung in politischen Dingen dort ins Gewicht fällt. Der Herr Reichskanzler will es dahingestellt sein lassen, wie die Stimmung in jenen Ländern ist. Es besteht also ein Unterschied in der Auffassung zwischen den verbündeten Regierungen und uns, der jedenfalls uns rechtfertigt, daß wir gerade in der jetzigen Zeit mit dem Antrage neu gekommen sind. Herrn Hartmann, der da meinte, der Reichstag sei dazu nicht da, solche Beschlüsse zu fassen, erinnere ich daran, daß eine Resolution genau mit demselben Wortlauten bereits 1868 von dem norddeutschen Reichstage fast einstimmig angenommen wurde. Der Reichskanzler sagt, die Schädigung des Handels der Gegner sei im Seegefecht entscheidend. Die amerikanischen Nordstaaten waren doch nicht im Stande, ihren Handel gegen ein paar Kreuzer, namentlich die Alabama zu schützen. Trotzdem aber hat dieser Privatfeldzug der Alabama auf den ganzen Krieg der Vereinigten Staaten gar keinen Einfluß ausgeübt; wohl aber jene internationale Entwicklung mit England zur Folge gehabt. Und gerade dieser Alabamastreit mit England hat

nächster Zeit dem preußischen Landtag vorgelegt wird, wie es die preußische Regierung versprochen hat und wie es auch in der Thronrede steht.

Je nachdem die Auskunft ausfällt, werde ich mir vorbehalten, den Fonds zu bewilligen. Aber noch weit durchschlagender ist für mich der Wunsch, daß die Wirtschaft des Welfenfonds, an der das ganze preußische Volk seit Jahren tiefen Anstoß genommen hat, endlich einmal aus der Welt geschafft wird. Sollten wir uns trotz der Zusage der preußischen Regierung irren, so würden wir im nächsten Jahre immer noch im Stande sein, den Fonds, den wir jetzt im Vertrauen auf die Regierung bewilligen, zu streichen.

Reichskanzler v. Caprivi: Ich erkläre, 1) daß das auswärtige Amt vom 1. April 1892 an keinen Pfennig mehr aus dem Welfenfonds erhalten wird, 2) daß neben diesen 500 000 Mark in Zukunft keine Beträgen zu demselben Zweck aus dem Welfenfonds gezahlt werden. Ich erkläre drittens, was eigentlich überflüssig ist, da es schon in der Thronrede steht, aber ich thue es zur Verhügung des Abg. Richter, daß die Regierung ernstlich damit beschäftigt ist, daß das Resultat schon in nächster Zeit wahrscheinlich vorliegen wird, eine anderweitige gesetzliche Regelung des Welfenfonds herbeizuführen.

Abg. Graf Ballerstrem (Br.): Ich und mit mir der größte Theil meiner politischen Freunde werden für die vorliegende Staatsposition stimmen. Wir halten einen solchen Fonds bei dem Auswärtigen Amt für durchaus nothwendig und die Höhe desselben für angemessen. Für uns ist durchschlagend die Erwagung, daß die preußische Regierung einen Fonds, den sie bisher zur Verfügung stellte, vom 1. April an zurückzieht, und es war nach unserer Ansicht garnicht nothwendig, hier auf die Natur des bisher verwendeten Fonds einzugehen. Da dies aber geschehen ist, komme ich nur meine Freude ausdrücken über die von dem Herrn Reichskanzler abgegebene Erklärung und kann die Hoffnung aussprechen, daß die Lösung dieser Frage in Preußen nicht nur den Wünschen der Staatsregierung und des Volkes entsprechend erfolgen wird, sondern auch erfolgen wird nach den ewigen Regeln der Gerechtigkeit. (Beifall.)

Abg. v. d. Decken (Welse): Es ist jetzt auch von der Regierung anerkannt worden, daß Mittel des Welfenfonds für das deutsche Reich verwendet werden sind. Der Welfenfonds ist geschaffen worden, nachdem Preußen dem Könige Georg das Land entrissen hatte. Man wollte durch den Welfenfonds ein Mittel gegen die Angriffe des Königs Georg haben. (Präsident v. Levetzow unterbricht den Redner und macht ihn aufmerksam, daß hier nicht der Ort sei, über den Welfenfonds zu sprechen.) Der Abgeordnete Richter hat eine Interpellation an den Reichskanzler gerichtet, der Reichskanzler hat geantwortet, also halte auch ich mich für berechtigt, über den Welfenfonds zu sprechen. (Abg. Bebel: sehr richtig! Präsident Levetzow macht den Redner nochmals darauf aufmerksam, daß die Frage des Welfenfonds eine preußische Angelegenheit sei, die nicht hierher gehört; Bravo rechts). Ich kann mich der Thatache, daß ich verhindert werde, über den Welfenfonds zu sprechen, nicht entziehen. Daz Sie mit Ihrem Bravo einen Sieg erfochten haben, bilden Sie sich aber nicht ein. (Heiterkeit. Diejenigen Mittel, die sich jetzt noch in der Reichskasse aus dem Welfenfonds befinden, müssen herausgegeben werden. Der Redner geht sodann wieder auf die Geschichte des Welfenfonds ein. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner abermals zur Sache.) Um diesen Fonds zu behaupten, muß ich doch den verderblichen Charakter des Welfenfonds nachweisen. (Präsident v. Levetzow: Die Sache gehört nicht hierher.) Es müssen Anstalten gemacht werden, daß die Reichskasse die Mittel, die sie aus dem Welfenfonds bezogen hat, wieder heraus giebt. Wo sind denn die Angriffe des Königs Georg, zu deren Abwehr man den Welfenfonds bildete? Als er Land und Leute verloren hatte, beschlagnahmte man sein Vermögen. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner wiederholst zur Sache, und macht ihn auf die Folgen der Geschäftsausordnung aufmerksam, falls er dem Rufe zur Sache nicht Folge leiste.) Der Reichskanzler hat den verbündeten Regierungen einen schweren Vorwurf gemacht, entweder, daß sie gar nicht gewußt haben, daß das auswärtige Amt aus dem Welfenfonds Subventionirt wurde — das wäre eine Demuthigung der verbündeten Regierungen. Oder sie haben es gewußt; das anzunehmen, dagegen sträubt sich jede Faser des Rechtsgefühls. Wir lassen uns an der jetzigen Erklärung des Reichskanzlers genügen, und bewilligen den Fonds. Wir verlangen aber, daß die bisher begangene Schuld gesühnt wird.

Abg. Richter (df.): Ich bin nicht in der Lage, diesen Fonds zu bewilligen, weil mir die Möglichkeit einer Verwendung aus dem Welfenfonds noch immer vorzuliegen scheint, und zweitens weil unabdingbar davon mir eine Bewilligung in dieser Höhe nicht gerechtfertigt erscheint.

Bezuglich des Verhältnisses zum Welfenfonds hat der Herr Reichskanzler allerdings heute, wie in der Kommission der Herr Staatssekretär, eine Erklärung abgegeben. Indessen hat sich die Sachlage nicht geändert, denn eine solche Erklärung hat der Herr Reichskanzler am 27. November bei der ersten Berathung des Staats und bereits im April im preußischen Abgeordnetenhaus abgegeben; ja die früheren Erklärungen waren sogar noch spezieller und weniger allgemein wie die heutige. Wir kennen weder den Inhalt der Vorlage, welche die preußische Regierung einzubringen beabsichtigt, noch würden wir, wenn wir den Inhalt kennen würden, wissen, ob ein solcher Gelegenheitswurf im preußischen Landtag zu Stande kommt, es ist ja bekannt, daß dort die Ansichten in Bezug auf die Verwendung des Welfenfonds sehr weit auseinander gehen. Für mich würde eine Sicherheit, daß aus dem Welfenfonds nicht Gelder zu diesem Zwecke verwendet werden können, erst vorhanden sein, wenn ein Gesetz zu Stande gekommen und in der Gesetzesfassung publiziert wäre, welches eine Verwendung des Welfenfonds für diese und andere politische Zwecke ausschließt. Allerdings hat der Reichskanzler, ebenso wie der Staatssekretär in der Kommission, erklärt, daß vom 1. April an im Auswärtigen Amt eine Verwendung aus dem Welfenfonds nicht stattfinden soll. Indessen bindet eine solche Erklärung nur den Reichskanzler bezw. den Herrn v. Marshall selbst, nicht irgend einen nach ihm.

Sa, es schließt diese Erklärung nur aus einer Verwendung von Mitteln des Welfenfonds für Zwecke des Auswärtigen Amtes. Formell würde mit einer solchen Erklärung sogar zu vereinbaren sein eine stärkere Verwendung des Welfenfonds für die geheimen Fonds des preußischen Ministeriums, also für innere politische Zwecke, eine Verwendung, die ich noch für viel weniger angebracht halte, als die für das Auswärtige Amt. Formell zu unterscheiden zwischen geheimen preußischen Fonds und geheimen Reichsfonds, das scheint mir Vogel-Strauß-Politik zu sein. Um so mehr können sie durch einander spielen, als die preußischen und die Reichsministerien durch Personalunion mit einander verbunden sind.

Sa, es schließt diese Erklärung nur aus einer Verwendung für die erhöhte Forderung dieses Fonds nicht aus, was ich als ausschlaggebend ansehe. Es kann allerdings plausibel erscheinen, daß man für gewisse militärische Zwecke höhere Summen bedarf, als in den geheimen Fonds des Kriegsministeriums ausgeworfen sind. Das würde aber dazu führen müssen, daß diese Fonds, da wo sie zur Verwendung gelangen, erhöht werden. Eine solche Erhöhung der geheimen Fonds des Kriegsministeriums würde die

Mittel mehr technischen Fonds zuführen und eine Verwendung zu politischen Zwecken formell ausschließen. Die Gründe, welche man dafür geltend gemacht hat, daß diese Beträge nicht dem Kriegsministerium zugeführt werden sollen, sondern daß eine Erhöhung dieses Fonds nicht nötig sei, kann ich als ausschlaggebend ansehen. Was nun die Verwendung dieses erhöhten Fonds für auswärtige Zwecke im engeren Sinne betrifft, so ist ja allerdings erklärt worden, daß Verwendungen für die Presse aus geheimen Fonds nicht stattfinden. Indessen war Herr v. Marshall nur in der Lage, diese Erklärung abzugeben für die zwei Jahre, wo er selbst im Amt war. Meines Erachtens sind aber gerade mit den geheimen Fonds des Auswärtigen Amtes früher die größten Missbräuche getrieben worden, und gerade jene Verwendungen, die noch in der letzten Zeit großes Aufsehen erregt und Staub aufgewirbelt haben, haben, wie ich voraussehen darf, gerade aus dem Fonds des Auswärtigen Amtes stattgefunden.

Sodann aber, wenn nun die Verwendung für die Presse und für andere Zwecke ausgeschlossen sein soll, die auch nicht entfernt damit zusammenhängen, vermag ich mir überhaupt keine Vorstellung zu machen, wie Summen in dieser Höhe für auswärtige Zwecke im engeren Sinne des Wortes, also mit Auschluß des Militärischen, verwendet werden können. Neben die Zwecke und die Art der Verwendung in diesem Fonds ist uns nicht die mindeste Auskunft, auch keine streng vertrauliche, in der Kommission gegeben worden. Dasjenige, was man meiner Meinung nach in der Diplomatie durch einen solchen Fonds erreichen könnte, ist von zweifelhaftem Werth. Wenn man sich auf andere Staaten beruft, so können Sie mir dadurch nicht den Beweis ersezten, daß wir einen solch hohen Fonds nötig haben. In anderen Staaten sind die Verhältnisse anders, das Staatsrecht ist anders, und die Natur der Forderung selbst ist eine andere. Das aber weiß ich, daß in Preußen vor 1868 das Auswärtige Amt höherer Fonds in solcher Höhe absolut nicht bedurfte hat, und doch waren das die kritischsten Zeiten für die Diplomatie. Ja, noch 1868 bei der Erörterung über die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg hat Fürst Bismarck gesagt: Wenn Sie mir 500 000 Mark zu geheimen Fonds bewilligen wollen, ich würde nicht wissen, wie ich diese Summe verwerfen sollte.

Nun ist es ja formell richtig, daß, wenn man diesen Fonds von 500 000 M. bewilligt, man im nächsten Jahre im Falle eines Missbrauchs ihn ablehnen kann. Aber wer kann denn den Missbrauch nachweisen? Wer hätte geglaubt, daß gewisse Verwendungen, wie wir sie erfahren haben, auch nur möglich sind? Man wird also immer auf Vermuthungen hinsichtlich der Verwendung angewiesen sein. Wir haben keine Sicherheit für die Zukunft, und ist einmal der Fonds bewilligt, dann ist es sehr schwierig, eine Missbrauchserklärung herbeizuführen. Wird er aber fortbewilligt, so trifft auch Diejenigen, die ihn zuerst bewilligt haben, die Verantwortung für etwaige Missbräuche. Selbst eine gebräunte Kaze scheut das Feuer. Nach Allem, was ich in der parlamentarischen Praxis betreffs der geheimen Fonds erlebt habe, bin ich gezwungen, sehr vorsichtig und auch sehr misstrauisch zu sein. Die Bewilligung dieses Fonds ist kein Vertrauensvotum, wie die Ablehnung kein Misstrauensvotum ist für die Politik im Allgemeinen. Indessen, wenn ich in der Sache überhaupt an sich zweifelhaft wäre, so muß ich doch sagen, daß gewisse Vorgänge in der inneren Politik aus der jüngsten Zeit doch eine gewisse Warnung enthalten, Bewilligungen einzutreten zu lassen für Zwecke, die man nicht unmittelbar klar vor sich sieht. Das ist hier durchaus nicht der Fall. Deswegen werde ich gegen die Erhöhung dieses Fonds stimmen.

Abg. Dr. Benviggo (nl.): Es ist Herrn Richter nicht gelungen, nachzuweisen oder wahrheinlich zu machen, daß die geforderte Summe irgendwie zu hoch gegriffen sei. Im Gegentheil die Zahlen, die für England, Frankreich, Österreich genannt sind, beweisen, daß die Summe, die hier gefordert wird, sehr niedrig ist. Namens meiner politischen Freunde, und vor Allem der in der Provinz Hannover spreche ich es aus, daß wir die Erklärung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus und Reichstag freudig begrüßt haben, daß es die Absicht der preußischen Regierung sei, die Verwendung der Einkünfte aus dem Welfenfonds anderweitig geschickt zu regeln. Diese Maßregel wird überall in der Provinz Hannover Befriedigung und Genugthuung hervorrufen. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß vom 1. April 1892 aus dem Welfenfonds für das Auswärtige Amt nichts mehr verwendet werden soll, ist eine durchaus bestimmte. An dieser Erklärung hat Herr Richter keinen Anstoß genommen; er ist nur besorgt um die Zukunft. Was steht im Wege, wenn künftig eine Änderung eintritt, die Bewilligung dann nicht mehr eintreten zu lassen? Was den jetzigen Reichskanzler und Staatssekretär betrifft, so ist kein Zweifel: sie sind formell und moralisch gebunden durch ihre Erklärung. Wenn nun andere Persönlichkeiten ins Amt kommen, was hindert uns, von ihnen dieselbe Erklärung zu fordern? Die Sorge für die Zukunft giebt also keine Veranlassung zu einer Ablehnung.

Was die Furcht vor einem Missbrauch anbetrifft, so mag Voricht in dem Verhalten der Parteien zu einzelnen politischen Vorlagen geboten sein; aber es ist doch kein Grund vorhanden, aus dieser Furcht eine Forderung abzulehnen, die wir in dieser Höhe haben müssen. Das würde nur in dem Falle ein Grund sein, wenn man die Bewilligung oder Nichtbewilligung der Forderung benutzen will, um irgendein Ministerium zu stürzen. Daß diese Absicht beim Abg. Richter in Frage kommen kann, glaube ich nicht; und so sind alle Erklärungen, die er abgegeben hat, für ihn in seiner politischen Stellung kein Grund, die Forderung abzulehnen. Meine Partei wird für diejenigen stimmen.

Hierauf wird der Titel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und eines Theils der Freisinnigen angenommen.

Der Rest des Ordinariums wird nach unerheblicher Debatte bewilligt. Zu dem Titel des außerordentlichen Etats: "Subvention an die zoologische Station des Prof. Dr. Dohrn in Neapel" regt

Abg. Dr. Hammacher (nl.) eine Verlegung dieser zoologischen Station an, da Neapel kein günstiger Ort für dieselbe sei, um die Fauna des Mittelmeeres auszubeuten.

Abg. Dr. Virchow (df.) hebt die großen Leistungen dieser Station hervor, die sich in dem Berliner Aquarium dokumentieren.

Die weitere Diskussion über die Kolonialtitel dieses Etats so wie den Kolonialstaat wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Schluss 5 Uhr.

sie vor der Gefahr einer Verwerfung von Seiten der Mehrheit des Reichstags zu schützen. Es war taktisch klug, den Antrag nicht erst dem sicheren Schicksale einer Ablehnung auszusetzen. So kann doch wenigstens die Fiktion aufrechterhalten bleiben, daß der Reichstag einmal eine hohe Forderung wie die im Antrag ausgesprochene durch Zustimmung zu der seinigen gemacht hat. Nur leider ist es nicht der Reichstag von 1892 sondern immer noch der von 1868. Die Rede des Grafen Caprivi, die dem Antrage den Todesstoß versetzte, mag sachlich unfehlbar erscheinen, darum wird aber doch nicht das humane Ideal eines Zustandes hinfällig, der einen selbstverständlichen Grundsatz des Landkrieges, die Unantastbarkeit des Privatbesitzes, auf den Seekrieg übertragen will. Gegen die Weigerung des Reichskanzlers ist in diesem Falle nun freilich nichts zu machen, und der Reichstag hat deshalb darauf verzichtet, die Sache gründlicher zu erörtern. Wäre er in diese Erörterung eingetreten, dann hätte sich mehr als ein Punkt in der Rede des Grafen Caprivi widerlegen lassen. Der Satz z. B., daß die Staaten der Mittel sich bedienen müssen, die ihnen der Krieg in die Hand giebt, und daß darin keine Barbarei gefunden werden könne, mag in seiner Allgemeinheit gelten, aber Ledermann weiß, daß er durch internationale Konventionen wesentlich eingeschränkt ist, und daß darum noch lange nicht die Energie der Kriegsführung verringert wird. Immerhin kann man aus der Stellung des leitenden Staatsmannes entnehmen, daß der Leistungsfähigkeit unserer Marine im Ernstfalle ein außerordentlich hohes Vertrauen geschenkt wird. Im Interesse einer schwächeren Macht würde es jedenfalls eher als in dem eines stärkeren Staates liegen, durch internationale Abmachungen die Schäden eines Seekrieges möglichst zu mindern. Wer in dieser Hinsicht Fesseln verschmäht, der traut sich zu, den etwaigen Schaden, den er von feindlichen Nachbarn zu befürchten haben muß, durch größeren Schaden wettzumachen, den er seinerseits den Feinden zufügen kann. Im weiteren Verlaufe der Berathung über den Etat des Auswärtigen Amtes wurde die Erhöhung der Geheimfonds auf 500 000 Mark mit großer Mehrheit nach dem Beschuß der Budgetkommission angenommen. Die kurze Debatte bestätigte, daß die Regierung im Abgeordnetenhaus ein kompensirendes Gesetz über den Welfenfonds einbringen wird. Von den Verhandlungen mit dem Herzog v. Cumberland ist dabei nicht die Rede gewesen. Eine etwaige Wissbegier von Abgeordneten wäre vom Reichskanzler auch kaum befriedigt worden, da diese Seite der Angelegenheit den Reichstag materiell nichts angeht. Hoffentlich bekommt das Welfenfondsgesetz eine Gestalt, die die befreigten Wünsche namentlich der hannoverschen Bevölkerung befriedigt. Eine kleine Szene führte der welfische Abgeordnete von der Decken herbei. Dieser Redner ist die Sanftmuth in Person, und sein Phlegma hat etwas Phänomenales. Wenn er spricht, dann ist das ein Entzücken für die Stenographen, die wohl gar noch Arabesken in ihre Zeichen hineinmalen können, so langsam fließt der Erguß der Deckenschen Veredlung. Heute aber wurde der welfische Abgeordnete so heftig, daß der Präsident v. Levetzow ihn zur Sache hat rufen müssen. Das gab denn wieder zu Zeichen des Missfallens auf der linken Seite des Hauses Veranlassung; besonders die Sozialdemokraten sind neuerdings merkwürdig oft erregt, wenn Herr v. Levetzow die Autorität seines Amtes wahrt.

In der am 3. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurden einige, vom Reichstag überwiesene Petitionen, ferner folgende neu eingegangene Vorlagen den zutreffenden Auschüssen überwiesen: eine Vorlage, betreffend ausländische Prüfungszeichen von Handfeuerwaffen, die Entwürfe von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter u. c. in Steinholzbergwerken, sowie in Zuckersfabriken und Nassenfilzen, endlich die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1888/89. Den Anträgen der Auschüsse entsprechend, wurden die Vorlagen über die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb sowie in Glashütten, ferner die Landerinnerungen der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande, angenommen. Die Auschüsanträge, betreffend die schriftliche Festsetzung der Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie der in Anrechnung zu bringende Verwaltungsaufwand für das Etatjahr 1888/89 wurden zum Beschuß erheben. Über die Erledigung einer Anzahl von Eingaben auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerweises sowie über die Erweiterung der Absatzförderungsfreiheit einiger Zoll- und Steuerstellen wurde Beschuß gefasst. Die Versammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß dem gegenwärtigen deutschen Eisenbahn-Gütertarifschema ein Spezialtarif für bestimmte Stückgüter eingefügt werde, und genehmigte gewisse Abänderungen der Bestimmungen über die Beförderung von Knochen auf den Eisenbahnen. Schließlich wurde dem Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte, die Zustimmung erteilt.

Der Kultusminister bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die Gemeinden verpflichten soll, für die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer höherer Schulen im Wesentlichen dasselbe zu leisten, was für Lehrer an Staatsanstalten vorgesehen ist.

Die freikonservative "Post" ist der Ansicht, daß der Artikel der "Kölner Zeitung": "Ein frischer Zug", wegen dessen die Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben werden soll, durch seine Tendenz die Absicht der Beleidigung ausschließt. Eine Anklage in diesem Falle würde ein politischer Fehler sein und im Zusammenhange mit den sonstigen Anklagen gleicher Art der Annahme Vorbehalt leisten, als wolle die Regierung überhaupt die ihr unbedeckte Kritik, die "Nörgelei" in der Presse mundtot machen.

In der "Kreuzzeitung" behauptet Herr Prof. Dr. Cremer-Greifswald u. a., daß katholische Volk würde sich wie ein Mann erheben, käme ein Schulgesetz zu Stande, wie es die Gegner der Vorlage begehren. Damit aber wäre ein neuer Kulturmampf entfesselt u. s. w. Und auch ein Bericht auf das Gesetz würde fast genau dieselbe Wirkung haben, wie ein den Gegnern genehmes Gesetz. Als wenn mit der Annahme der lex Bediz nicht ebenfalls ein neuer "Kulturmampf" entfesselt würde, bei dem die Regierung das ganze gebildete und aufgeklärte Deutschland zum Gegner haben würde! In übrigen meint Herr Dr. Cremer, es sei gegründete Ansicht vorhanden, daß in einer Schule, in der der Staat auch mit der katholischen Kirche in Frieden sich die Hand reiche, sich dieselbe (d. h. die katholische Kirche) den Luxus versagen werde, den Syllabus gegen die

Deutschland.

Berlin, 4. März. Die Menschen denken härter heute, und die eiserne Zeit der sogenannten Realpolitik läßt weichere Gefühle nicht aufkommen. Das muß Einem wieder einmal klar werden, wenn man die heutige Verhandlung des Reichstags über den Antrag, die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu sichern, mit der entsprechenden Verhandlung des Reichstags vom Jahre 1868 vergleicht. Damals wurde einstimmig dieselbe Forderung, die heute wiederkehrt, angenommen, und auch der Minister Delbrück stimmte dafür. Heute müßten die freisinnigen und nationalliberalen Antragsteller ihre Forderung zurückziehen, um

Preußische Staats hoheit geltend zu machen. Da kennt Herr Cremer die katholische Kirche schlecht. Für diese ist der Sylabus keineswegs ein „Luxus“! Was den Evangelischen Oberkirchenrath betrifft, so ist es nach Herrn Cremer Bielen unfehlbar, daß dieser gerade gegen die Freiheit des Privatunterrichts Einspruch erhoben haben soll.

München, 4. März. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat auf Antrag des Finanzministers die in Folge des Nonnenstrafes für Holzauflösung ausgeworfene Summe um 485 000 Mark, die Etatspost für Vertilgung der Forstfinanzen um 980 000 Mark und die zu Baumleim und zu Leimschuzringen für die vom Nonnenstraf bedrohten 28 000 Hektare Forst erforderliche Summe um 600 000 M. erhöht.

Italien.

* Rom, 4. März. Die Budgetkommission hat ihren Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von Schatzbons mit langer Zahlungsfrist heute veröffentlicht. Der Gesetzentwurf, welcher in Übereinstimmung mit dem Finanzminister festgestellt wurde, soll für eine zeitweise Tilgung des Schatzdefizits sorgen. Die Regierung wird in dem Entwurf ermächtigt, sich für die Finanzabnahme in den Budgetjahren 1891/92, 1892/93, 1893/94 einen Betrag bis zur Höhe von 200 Millionen Lires mittels Ausgabe von Schatzbons auf lange Sicht, welche ausschließlich im Inlande zu begeben sind, zu verhängen. Die Budgetkommission schlägt vor, der Genehmigung des Gesetzentwurfs durch das Parlament die Annahme einer Tagesordnung vorzugehen zu lassen, worin die Kammer das Ministerium auffordert, angemessene Vorschläge zu machen zur Verhinderung eines Anwachsens des Schatzdefizits über denjenigen Betrag hinaus, welcher sich eventuell aus Finanzergebnissen des Budgetjahres 1891/92 herleitet.

Der richtig gestellte Bericht der allgemeinen Budgetkommission über das Abrechnungsbudget 1891/92 erkennt an, daß bedeutende Ersparnisse bewerkstelligt sind. Die voraussichtlichen Einnahmen pro 1891/92 müssen um 15% Millionen niedriger veranschlagt werden. Das Gesamtdefizit wird auf 19 993 000 Lire beziffert, wovon 11 158 000 Lire auf effektive Einnahmen und Ausgaben und 8 835 000 Lire auf die Bewegung von Kapitalien entfallen.

Militärisches.

= Personal-Veränderungen im V. Armeekorps. von Wannewitz, Major vom Generalstabe des V. Armeekorps, als Bataillonskommandeur in das Inf.-Regt. v. Winterfeldt (2. Oberschles.) Nr. 23 verlegt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 4. März. Das lgl. Eisenbahnbetriebsamt Bromberg teilt mit: Schnellzug 61 stieß heute, den 4. d. M., früh 5 Uhr 45 Min. vor der Einfahrt in den Bahnhof Bromberg in Folge eigenmächtigen Zurückmeldens des vorzuhenden Güterzuges 1061 Seitens des Telegraphisten auf den vor dem Abschlußtelegraphen haltenden Güterzug. Reisende nicht verletzt. Packmeister, Heizer und Bremwärter des Schnellzuges sind tot, Zugführer und Postschaffner schwer, einige Bremser leicht verletzt. Lokomotive und mehrere Wagen beschädigt. Die Strecke Bromberg bis Schneidemühl ist voraussichtlich auf 24 Stunden in der Weise gesperrt, daß Passagiere zunächst umsteigen müssen.

Berlin, 4. März. Das königl. Eisenbahnbetriebsamt Bromberg teilt ferner mit: Bei Unfall des Zuges 61 von Bromberg am 4. d. M. sind getötet: Postbeamter Benz in aus Berlin, Bremser Häuse aus Charlottenburg, Heizer Meyer II aus Bromberg, verwundet: Zugführer Heimsoth aus Charlottenburg, Postassistent Condeck und Postschaffner Lachinsky aus Berlin, Schaffner Zech aus Bromberg.

Bromberg, 4. März. Das Betriebsamt Bromberg macht bekannt: Die Unfallstelle, an welcher die Entgleisung des Schnellzuges 61 bei Bromberg erfolgte, ist aufgeräumt, die Strecke wieder für den Verkehr frei.

Breslau, 4. März. Wie die „Bresl. Ztg.“ meldet, ist die Dampfmühle Danziger und Rappaport in Gleinitz, welche seit gestern Abend 10 Uhr in Flammen stand, heute gänzlich niedergebrannt. Der Schaden wird auf eine Million geschätzt.

Wien, 4. März. Den Abendblättern zufolge ist die weitere Aufführung des Schauspiels „Die Sklavin“ von Ludwig Fulda im Burgtheater von der Zensurbehörde verboten worden.

Graz, 3. März. Bei der heutigen Reichsratsbergänzungswahl im Wahlkreis Graz (Vorstände) wurde Ingenieur Stala gewählt. Derselbe wird seiner Partei beitreten, steht aber den Deutschnationalen nahe.

Pest, 4. März. Der Adrefausschuß des Abgeordnetenhauses nahm mit Beifall den jetzt ausgearbeiteten Adrefsentwurf zur Kenntnis. Der Entwurf betont den festen Entschluß der Abgeordneten, an den Schöpfungen des Ausgleiches von 1867 unverändert festzuhalten, und verspricht die bereitwillige Mitwirkung des Hauses an den in der Thronrede aufgezählten Reformarbeiten. Ein möglichst baldiges Einbringen der Vorlage über die Valutaregelung entspricht dem allgemeinen Wunsche. Der Adrefsentwurf hofft ferner auf eine befriedigende Lösung der die Verwaltungsreform betreffenden Fragen. Das Haus werde Alles aufbieten, um das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche aufrechtzuerhalten. Die Thronrede gebe die freudige Versicherung, daß Ungarn auch fernerhin die Segnungen des Friedens genießen werde. Das Haus sei bereit, die Regierung bereitwillig zu unterstützen.

Antwerpen, 3. März. Das „Handelsblad“ erwähnt das Gerücht, daß in dem Bureau eines hiesigen Ministeriums eine mit Dynamit gefüllte Sardinenbüchse entdeckt worden sei. Es habe infolgedessen in einer Dynamitsfabrik in der Provinz Antwerpen eine Haussuchung stattgefunden.

Palermo, 4. März. Die Universität ist heute wieder eröffnet worden.

Paris, 3. März. Nach weiteren Nachrichten aus St. Etienne stehen die Gruben von Camille vollständig unter Wasser. Die 290 Arbeiter, welche sich in denselben befanden, sind sämtlich gerettet.

Paris, 3. März. Nach genauer Feststellung wurde die Tagesordnung Rivets in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer mit 325 gegen 75 Stimmen angenommen.

Paris, 4. März. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird sehr bemerkt, daß die Erklärung der Regierung in keiner Weise der äußeren Politik gedachte, um so mehr, als feststeht,

dass der erste Entwurf einen solchen Passus enthielt. Die hiesige Presse schenkte diesem Mangel bisher keinerlei Beachtung. Von anderer Seite wird unter Hinweis auf die von den Radikalern anlässlich der Kabinettsskrise wiederholt gehauerte energische Verwahrung gegen fremde Einflußnahme vermutet, daß die Regierung durch Weglassung des äußeren Passus die Erwähnung der Allianzen vermeiden und eine etwaige unangenehme Diskussion derselben hintanhalten wollte.

London, 3. März. (Unterhaus.) Bei der Berathung über den Kredit zur Vermessung einer Eisenbahn von Mombasa nach dem Victoria-See erklärte Lowther im Namen der Regierung, es handele sich bei der Forderung darum, ob England seine traditionelle Politik zu Gunsten der Unterdrückung des Sklavenhandels fortsetzen wolle oder nicht; die Eisenbahn sei ein friedliches Mittel zur Unterdrückung des Sklavenhandels im Innern von Afrika. Andere Länder wendeten bedeutende Summen zur Entwicklung ihrer afrikanischen Gebiete auf. England habe indessen in dieser Hinsicht bisher nichts getan. 150 Meilen der Route seien bisher vermessen und nur 15 Meilen seien bisher schwierig befunden worden. Sobald die Vermessung vollständig abgeschlossen sei, würden die Regierung und das Land besser in der Lage sein, die Ausführbarkeit der Eisenbahn zu beurteilen; wenn England nichts thue, würde der Sklavenhandel in Uganda wieder aufleben.

London, 4. März. Das Unterhaus genehmigte heute nach zweitägiger Debatte mit 211 gegen 113 Stimmen den für die Vermessung einer Eisenbahnlinie von Mombasa nach dem Victoria-See geforderten Kredit.

London, 4. März. Die Liverpooler Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat dem Kapitän Willigerod vom Dampfer des Nordwesten Lloyd „Syree“ anlässlich der Rettung der Passagiere und Mannschaft des Liverpooler Dampfers „Aboufia“ am 18. Dezember v. J. die goldene Medaille verliehen. Der zweite Offizier Pollack und der dritte Offizier Randermann erhielten die silberne Medaille, 11 Matrosen der „Syree“ eine Prämie von je 20 Shilling.

Angekommene Fremde.

Posen, 5. März.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Köhler, Planer u. Bracht a. Berlin, Smits a. Leipzig, Abraham, Cords u. Kübel a. Hamburg, Seiser a. Pforzheim, v. Rabenau a. Frankfurt a. O., Kübler a. Barmen u. Hardt a. Hagen, Rittergutsbesitzer Scheibner a. Nolmar u. Rittergutsbesitzer Sarazin m. Tochter a. Snieciska.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Hauptmann u. Komp.-Chef v. Leuchsenring a. Posen, Landrat v. Rittergutsbesitzer Bielschowksi a. Leiberg u. Uhle a. Gorzowo, Direktor Heinrich a. Frankfurt a. M., Ingenieur Bielska a. Danzic, Fabrikant Kirschmann aus Dresden, Rentier Biehl a. Fulda, die Kaufleute Körff a. Hamburg, Lachmann a. Berlin, Rempf a. Leipzig, Jonas a. Düren, Schütte a. Breslau, Koch a. Mannheim, Aron a. Paris u. Fräulein Vogel a. Chemnitz.

Theodor Jahns Hotel garni. Wirthschafts-Inspektor Busch a. Gola, Uhrmacher Müller a. Bromberg, die Kaufleute Heidenfeld u. Golinski a. Breslau, Fromm a. Großlangheim, Müller a. Chemnitz u. Springer a. Welschen.

Hotel Bellevue H. Goldbach. Forstleute Sterner a. Suschenthaler, die Verf.-Inspektoren Henfelmann a. Berlin u. Hauschke a. Breslau, Rentier Herzog a. Königsberg i. Pr., Beamter Kläbke a. Plesse, die Kaufleute Beneke a. Nordhausen, Steinberg a. Neu-münster, Kullmann a. Idar, Tropp a. London, Knoblauch aus Frankfurt a. M., Mazel a. Stettin, Böker a. Minden, Müllner u. Eberhardt a. Berlin, Driescher a. Chemnitz.

Keilers Hotel zum Engl. Hof. Die Kaufleute Müller aus Mainz, Schlesinger, Sachs, Goldmann u. Peritz a. Breslau, Rogacinski a. Gnesen, Kahn a. Eichwege u. Jakubowski a. Lissa.

Handel und Verkehr.

** Wien, 3. März. Ausweis der österr.-ungarischen Bank vom 29. Februar.*)

Notenumlauf	402 471 000	Zun.	2 977 000	Fl.
Metallisch in Silber	166 873 000	Abn.	18 000	"
do. in Gold	54 617 000	Abn.	1 000	"
In Gold zahlb. Wechsel	24 988 000	Zun.	65 000	"
Vorteileu.	133 773 000	Abn.	1 314 000	"
Lombard.	25 277 000	Zun.	908 000	"
Hypotheken-Darlehen	116 777 000	Zun.	33 000	"
Bfandbriefe im Umlauf	110 695 000	Zun.	81 000	"
Steuerfrei Notenreserve	52 182 000	Abn.	2 363 000	"

*) Ab- und Zinabnahme gegen den Stand vom 23. Febr.

** Wien, 4. März. Der Reingewinn der Österreichischen Boden-Kredit-Anstalt im Jahre 1891 betrug 2 857 549 Goldgulden. Hierover soll eine Dividende von 32% Francs per Aktie vertheilt werden; nach Dotirung des ordentlichen Reservefonds mit 456 407 Fl. und des außerordentlichen Reservefonds mit 500 000 betrug die Gesamtreizeve Ende 1891 14 138 200 Fl.

** Pest, 4. März. Die Bilanz der Ungarischen Kreditbank weist einen Gewinn von 1 460 927 Fl. auf. Die Dividende ist auf 19 Gulden festgesetzt.

** Newyork, 3. März. Die Börse eröffnete fest und lebhaft, im weiteren Verlaufe trat eine Abschwächung ein, Schluss schwach. Der Umsatz der Aktien betrug 575 000 Stük. Der Silverbörse wird auf 3 600 000 Unzen geschätzt. Silberverkäufe fanden nicht statt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; Seehöhe	Wind.	Wetter. i. Teil.	Temperatur. Grad
4. March 2	761,6	NÖ frisch	heiter	-3,3
4. Abends 9	760,6	N mäßig	heiter	-6,1
5. Morgens 7	761,1	NÖ mäßig	heiter	-10,8
Am 4. März	Wärme-Maximum	—	3,2 Cels.	
Am 4.	Wärme-Minimum	—	10,6°	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. März Morgens 2,58 Meter.

= = = Mittags 2,58 =

= = = Morgens 2,48 =

Wasserstand der Warthe.

Wasserstand der Warthe.	
Posen, am 4. März	Morgens 2,58 Meter.
=	= Mittags 2,58 =
=	= Morgens 2,48 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 4. März. Abgelehnkt.

Silber in Barren pr. Kilo 2786 Br. 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 121,50 Br. 121,00 Gd.

Breslau, 4. März. Fest.

Neue 3proz. Reichsschulde 84,60, 3½proz. L-Pfandbr. 96,95,

Konsol. Türk. 18,60, Türk. Looje 78,00, 4proz. ung. Goldrente 92,40, Bresl. Diskontobank 92,50, Breslauer Wechslerbank 95,00,

Kreditaktien 170,00, Schles. Bankverein 108,60, Donnersmarchslu-

75,00, Elbther Maschinenbau —, Rattowitz Altien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,00, Oberschles. Eisenbahn 51,60, Oberschles. Portland-Cement 95,75, Schles. Cement 130,00, Oppeln-Cement 99,00, Schles. Dampt. C. —, Krakatoa 118,00, Schles. Banknoten 190,25, Laurabütte 100,25, Verein. Oelfab. 88,50, Österreich. Banknoten 172,50, Russ. Banknoten 205,50, Giesel-Cement 101,50.

Frauenfeld a. M., 4. März. (Schlußkurse). Fest.

Bond. Wechsel 20,411, 4proz. Reichsschulde 106,70, österr. Silber-

rente 81,00, 4½proz. Papierrente 81,30, do. 4proz. Goldrente 95,20,

1860er Russ. 124,00, 4proz. ungar. Goldrente 92,50, Stalener 88,60,

1880er Russ. 92,50, 3. Orientan. 65,00, unifiz. Egypter 95,80,

Türk. 18,70, 4proz. türk. Anl. 82,80,

Habre, 4. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 93,00, p. Mai 87,75, p. Sept. 84,25. Behauptet.

Petersburg, 4. März. Produktionsmarkt. Talg loto 57,00, per Aug. —. Weizen loto 14,25. Roggen loto 12,25. Hafer loto 5,30. Hanf loto 46,00. Leinsaat loto 15,25. Wetter: Frost.

Antwerpen, 4. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet, Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 4. März. Wolle. (Telegr. der Herren Willens u. Comp.) Wolle. La Plata - Bug. Type B. per April 4,12%, Juli 4,20. August —. Okt. 4,25.

Antwerpen, 4. März. Petroleumsmarkt. (Schlussbericht) Raf-fintres Type weiß loto 15,1/2, bez. u. Br. v. März 15 Br., p. April 15,1/2 Br., p. Sept.-Des. 15,1/4 Br. Schwächer.

Amsterdam, 4. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine behauptet, v. März 23, p. Mai 24,2 —. Roggen loto geschäftlos, do. auf Termine fest, per März 22, per Mai 22,9. Raps per Frühjahr —. Rübel loto 28, p. Mai 26,1/2, p. Herbst 27,1/2.

Amsterdam, 4. März. Vancazinni 54.

Amsterdam, 4. März. Java-Kaffee good ordinary 54.

London, 4. März. 96 p.C. Javazucker loto 15,1/2, ruhig.

Rüben-Johzucker loto 14,1/2 fest. Frost.

London, 4. März. Chili-Kipfer 44,1/2, per 3 Monat 44,5.

London, 4. März. Getreidemarkt. (Anfangsbericht) Fremde Befahren seit letztem Montag: Weizen 20,230, Gerste 8,780, Hafer 15,710 Dts.

Zu Folge salter Witterung fester. Weizen 1/2 ih. höher, Mehl fest, Mais und Gerste stetig, Hafer 1/4 ih. höher, Bohnen und Erbsen fester. Schwimmendes Getreide stramm.

London, 4. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht) Englischer Weizen fest, fremder gegen Anfang flauer, jetzt Mittwoch unverändert. Mehl stetig. Uebiges gegen Anfang unverändert. Angefommener Weizen fest, schwimmender voll 1/2, ih. höher, anderes anziehend.

Glasgow, 4. März. Nohelsen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 ih. 10,1/2, d. à 41 ih.

Glasgow, 4. März. Die Vorräthe von Nohelsen in den Stores belaufen sich auf 499,964 Tons gegen 545,031 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 20 im v. J.

Liverpool, 4. März. Getreidemarkt. Weizen 1, bis 1 d. höher, Mehl ruhig, Mais fest —. Wetter: Schön.

Liverpool, 4. März. Baumwolle. (Anfangsbericht) Muthmäßlicher Umsatz 8 000 Ballen. Stetig. Tagesimport 10 000 Ballen.

Liverpool, 4. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Amerikaner unverändert, Surats träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 35,1/2, Käuferpreis, Juni-Juli 37,1/2, do., August-Sept. 37,1/2, Käuferpreis, Sept.-Okt. 4 d. do.

Liverpool, 4. März, Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 3000 Ballen. Ruhig.

Madras Tinnevelly fahr 3, do. do. good fair 3,1/2.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 32,1/2, Käuferpreis, April-Mai 32,1/2, do., Mai-Juni 36,1/2, Wertz, Juni-Juli 37,1/2, Käuferpreis, Juli-Aug. 37,1/2, do., August-Sept. 37,1/2, do., Sept.-Okt. 37,1/2, do., Okt.-Nov. 4,1/2, d. do.

Liverpool, 4. März. Baumwollen-Wochenbericht. Wochen-Umsatz 54 000 B., von amerikanisch. 49 000, B., davon für Spekulation 12 000 B., für Export 2 000 B., für wirl. Konsum 35 000 B., besgl. unmittelbar ex Schiff 65 000, wirl. Export 11 000, Import der Woche 95 000, davon amerikanische 89 000, Vorrath 1 709 000, davon amerikanische 1 466 000, schwimmend nach Großbritannien 202 000, davon amerikanische 190 000.

Newyork, 4. März. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per April 50%. Weizen per Mai 102,5.

Newyork, 3. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7,1/2, do. in New-Orleans 6%. Raff. Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates p. April 59,1/2. Ruhig, stetig. Schmalz loto 6,75, do. Rohe u. Brothers 7,05. Ruder (Farr refuting Muscovados) 3. Mais (New) p. April 50,1/2, p. Mai 49,1/2, p. Juni 48,1/2. Rother Winterweizen loto 107,1/2. Kaffee Rio Nr. 7, 15. Mehl (Spring clear) 4 D. Getreidefracht 3,1/2. Kupfer 10,65. Rother Weizen p. März 103,1/2, p. April 104,1/2, v. Mai 102, p. Juni 99,1/2. Kaffee Nr. 7 loto ord. v. April 13,17, p. Juni 12,65.

Weizen eröffnete sehr fest, schloß aber schwach. Die Abschwächung erfolgte auf Blanco-Abgaben. Mais einige Zeit nach Eröffnung steigend, später Reaktion, Schluss träge.

Chicago, 3. März. Weizen p. April 88,1/2, p. Juni 90,1/2. Mais p. Mai 42,1/2, Spec short clear 6,20. Pork p. März 11,00.

Weizen einige Zeitlang nach der Eröffnung fallend, dann lebhafte Reaktion, später wieder fallend. Mais durchweg fest.

Berlin, 5. März. Wetter: Frost.

Newyork, 4. März. Weizen per März 103,1/2 C., per April 103,1/2 C.

Fonds- und Altien-Börse.

Berlin, 4. März. Die heutige Börse eröffnete und verließ im wesentlichen in fester Haltung; die Kurze setzten auf spekulativem Gebiet zunächst etwas besser ein und konnten sich weiterhin gut behaupten oder noch etwas anziehen, aber das Geschäft bewegte sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen, und nur einige Ultimowerte hatten zeitweise etwas belangreichere Umsäfe für sich.

Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauten nicht ungünstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar.

Der Kapitalsmarkt wies feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen auf bei mäßigen Umläufen; Reichs- und Preuß. konst. Anleihen zu wenig veränderter Notiz theilweise lebhafter. Fremde, festen Zins tragende Papiere zeigten feste Haltung; Russische Anleihen etwas anziehend und lebhafter, auch Italiener und Ungarische Goldrente etwas besser; Russische Noten infolge von Deckungs läufen weiter steigend.

Der Privatdiskont wurde mit 1,1/2 Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas anziehender Notiz mäßig lebhaft um; Franzosen nach schwächerer Eröffnung befestigt, Lombarden schwächer, andere österreichische Bahnen behauptet; Schweizerische Central- und Nordostbahnen schwach; Warschau-Wien fest.

Inländische Eisenbahntickets blieben ruhig bei ziemlich behaupteten Kurien; Marlenburg-Mlawka schwächer.

Banknoten waren fest, die spekulativen Deutschen etwas anziehend, namentlich Distonto-Kommandit-Antheile steigend und belebt, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile anfangs schwächer.

Industriepapiere behauptet, aber unbelebt. Von Montanwerthen gaben Aktien von Kohlenbergwerken im Verlaufe des Verfehrs etwas nach. Dortmunder Union St.-Pr. und Bochumer Gußstahl etwas besser.

Produkten - Börse.

Berlin, 4. März. In Newyork ist der Preis gestern für Weizen, auf günstige Saatenstands-Berichte aus den West-Staaten, um 1/2 C. gefallen. In Paris sind die Preise dagegen auf das Frostwetter hin gestiegen. Am heutigen Getreidemarkt herrschte heute großer Unlust; bei kleinem Geschäft zeigen die Preise für Weizen und Roggen keine nennenswerthen Veränderungen. Das Angebot von Roggen aus Bulgarien, aus der Türkei und Spanien war in den letzten Tagen reichlicher, die Preisforderungen waren aber wesentlich zu hoch. Es zirkulirten Gerüchte, daß die Abnahme der Kündigungen in Amsterdam, seitens der russischen Hauptpartei, Schwierigkeiten begegne. Von anderer Seite werden diese Gerüchte als übertrieben bezeichnet, da nur ein kleiner Theil der gekündigten Mengen unerledigt geblieben sei. Hafer war fast umsatzlos bei

ziemlich behaupteten Preisen. Roggenmehl still und wenig verändert. Rübel matter bei kleinen Umsägen. Von Spiritus war wenig zugeführt, doch drückte die vorhandene starke Realisationsluft die Preise durchweg um ca. 1% M.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loto geschäftlos. Termine fest und höher. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loto 202—220 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 205 M., per diesen Monat — M., per April-Mai 203,25—204,5—204,25 bez., per Mai-Juni 205—206—205,75 bez., per Juni-Juli 206—207 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loto kleines Geschäft. Termine höher. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loto 204—217 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 214 M., inländ. guter 213 ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 216 bis 215,75—217,25 bez., per Mai-Juni 213,5—215,25 bez., per Juni-Juli 210,5—212 bez., p. Juli-August 193,75—195 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Hafer. Große und kleine 145—195 M. nach Dual. Futtergerste 146—164 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loto Mittelsorten flau. Termine still. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loto 152—177 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 156 M. Bonum, breuk. und schles., mittel bis guter 154—162, hochfeiner 171—172 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat — M., p. April-Mai 155 M., p. Mai-Juni 155,5 bez., per Juni-Juli 156,25 M.

Mais per 1000 Kilogramm. Loto matt. Termine geschäftlos. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loto 133—143 M. nach Dual, per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 119 M., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-Aug. — bez.

Erbien p. 1000 Kilo. Kochware 190—240 M. Futterware 165—172 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sud. Termine schließen höher. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M., per diesen Monat 29,7—29,85 bez., per April-Mai 29,45 bis 29,60 bez., per Mai-Juni 29,20—29,30 bez., per Juni-Juli 28,80 bis 28,95 bez., p. Juli-August — bez.

Rübel p. 100 Kilo mit Hafer. Matter. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto mit Hafer 56,2 M., loto ohne Hafer — M., per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 55,5—55,75 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per September-Oktober 55,5—55,75 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sud. Loto 33,00 M. — Feuchte dgl. p. loto 18,50 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Sud. Loto 33,00 M. Petroleum (Raffinates Standard white) p. 100 Kilo mit Hafer. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto — M., p. diesen Monat — M., per März-April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 65 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 45,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud. Kündigungsspreis — M. Loto ohne Hafer 29,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Gr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Sud.